

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 10. 35. Jahrg.

10. März 1922.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 5 Mk. incl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 10 Mk.

## Redaktion:

Hans Roniger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Hüb, Berlin N 24 :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheudtitz-Liepsitz, Auguststraße 3-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareille oder deren Raum 1.- Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 50 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Obereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten*

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Eine außerordentliche Gauleiterkonferenz. Proletarisches Klassenbewußtsein. Rundschau. **Wirtschaftliche Übersicht:** Übersicht vom 6. März 1922. - **Allgemeines:** Fortbildung, nicht Ausbeutung. Zur Urabstimmung über § 41, Ziffer 4 des Statutes. Zur Urabstimmung. Ortsberichte: Chemnitz, Glogau. - **Der Lithograph:** Prüft vorher! Ortsbericht Leipzig, Notensteher. **Der Steindrucker:** Die Offset-Richtlinien in Unternehmer-Betrachtung. **Die Tapetenbranche:** Verlängerung des Reichslohntarifes für die Tapeten-Industrie. **Adressen-Änderungen. - Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### Zuzug nach Bromberg fernhalten!

Mit den deutschen und polnischen Buchdruckern zugleich haben auch unsere Kollegen in Bromberg die Arbeit niedergelegt. Infolge der enorm verteuerten Lebenshaltung verlangten sie eine Lohnerhöhung von wenigstens 25 Prozent, die die Unternehmer nicht bewilligen zu können.

Die Kollegen sind gewillt den Streik bis zur Anerkennung ihrer Forderung durchzuführen. **Bromberg ist deshalb bis auf weiteres gesperrt!** Da nach Blättermeldungen die Posener Kollegen mit Wirkung ab 11. März ausgesperrt werden sollen, um auf die Bromberger einen Druck auszuüben, darf kein Kollege ohne vorher Erkundigung einzuziehen, in die ehemalige Provinz Posen Stellung annehmen.

### Der Verbandsvorstand.

### Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe.

#### Fünfter Nachtrag

zum Verzeichnis der den Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe anerkennenden Firmen vom 1. Juni 1921.

Folgende Firmen sind nachzutragen:

**Kreis V, Ludwigsburg:** Schwabenpresse G.m.b.H.

**Stuttgart:** Union Deutsche Verlagsgesellschaft.

**Kreis VI, Nürnberg:** Heydolph, Georg, Buch- und Steindruckerei.

**Kreis VIII, Leipzig:** Kratzsch, Otto.

**Quedlinburg:** Meyerding, H., Steindruckerei.

**Kreis X, Berlin:** Gohisch, Hermann, Nachfolger Roman Greulich

**Kreis XII, Düren:** Lenzen, P. & Sülz.

**Köln a. Rh.:** Kölner Dom-Verlag, Priebe Co. G. m. b. H.

**Mainz:** Mayer, E. M.

**Berlin,** den 4. März 1922.

l. A.: Alexander Czech, Geschäftsführer.

## Eine außerordentliche Gauleiterkonferenz

tagte am 5. März in Berlin. Die besonders rapid steigende Teuerung in München und an einigen anderen Orten, die aus Anlaß einer ganzen Reihe äußerer Umstände weit über das

allgemeine Maß hinausgeht, hatte die Kollegen veranlaßt, die Forderung eines örtlichen Lohnausgleiches aufzustellen. Verhandlungen vor dem Kreisschiedsgericht in München ergaben eine vollständige Ablehnung der Forderung der Gehilfen durch die Unternehmer. Die Folge davon war die Einreichung der Kündigung in ganz München. Da dieser Konflikt drohte sich auf das ganze Reich zu übertragen, glaubte der Verbandsvorstand diese Verantwortung allein nicht tragen zu können und berief deshalb die außerordentliche Gauleiterkonferenz.

Eingangs der Verhandlungen gab Kollege Haß ein Exposé über die allgemeine wirtschaftliche Lage, über die Lage des Gewerbes und über den Stand der Organisation. Im Anschluß daran schilderten die beiden Münchener Vertreter in eingehender Weise in der sachlichsten Form den Werdegang des entstandenen Konfliktes und hoben hervor, daß es den Münchener Kollegen fern liegt einen allgemeinen Konflikt hervorzurufen und das Tarifgebäude zu erschüttern. Die Münchener Kollegen hätten sich bisher immer als Tarifhalter bewiesen; sie seien auch jetzt noch tariftreu, aber die starre Form des Tarifes, die es nicht zuläßt, daß besondere Verhältnisse Berücksichtigung finden, müsse beseitigt werden.

In der ausgiebigen Aussprache wurde übereinstimmend festgestellt, daß bei der Eigenart unserer Berufe auch fernerhin die zentraltarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Notwendigkeit sei, jedoch ebenfalls in der gleichen Übereinstimmung auch zum Ausdruck gebracht, daß die jetzige starre Form des Tarifvertrages für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe in der Richtung einer gerechteren Beurteilung besonderer Verhältnisse abgeändert werden müsse.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Haß fand die Aussprache durch Annahme eines Antrages ihren Abschluß, der dem Verbandsvorstand Vollmacht gibt, durch Verhandlungen die tarifliche Basis wiederherzustellen.

Über die ausgeschriebene Erhöhung des Verbandsbeitrages durch Beschluß des Verbandsvorstandes und Verbandsausschusses sprach Kollege E. Herbst. Da die Notwendigkeit der Erhöhung des Verbandsbeitrages von keiner Seite bestritten wurde, seien die erhobenen Einwände nur rein formaler Natur. Bei der fortschreitenden Entwertung unseres Geldes müsse auch mit einer weiteren Erhöhung des Beitrages ohne Urabstimmung gerechnet werden, wollen wir anders die Organisation nicht in die größte Gefahr bringen. Auch in der Aussprache kam derselbe Gedanke zum Ausdruck und die Forderung verschiedener Mitgliedschaften, laufend den Verbandsbeitrag der Geldentwertung anzupassen, wurde als unbedingt notwendig anerkannt und entsprechende Maßnahmen vom Verbandsvorstand und Verbandsausschuß gefordert.

Nachdem noch eine Reihe weniger wichtiger Fragen behandelt und geklärt worden waren, wurde die Konferenz nach 10stündiger Tagung geschlossen.

## Proletarisches Klassenbewußtsein.

Ganz unzweideutig ergibt sich aus den bisher vorgenommenen Untersuchungen, daß das wesentlichste Mittel im Kampfe des Proletariats um den Sozialismus der Klassenkampf ist. Aber nur die zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangten Arbeiter, sowie der ihnen gleichgestellten Gesellschaftsschichten sind imstande, bewußt den Kampf für die im modernen Sozialismus zusammengefaßten Bestrebungen zu führen. Der Führung des proletarischen Klassenkampfes muß deshalb naturgemäß die Erkenntnis der Klassenlage vorausgehen, d. h., die Arbeiter müssen wissen, die Arbeiter müssen erkennen, daß sie zu der Klasse der Proletarier gehören. Dieses Erkennen, dieses Wissen, dieser psychologische Vorgang, der das bisher Unterbewußte in den Kreis des Bewußtseins einreicht, ist das Erwachen des *proletarischen Klassenbewußtseins*, ohne das ein proletarischer Klassenkampf nicht zu führen ist.

Es ist schließlich nicht erst notwendig über den Begriff: *Bewußtsein der Menschen* lange Ausführungen zu machen. Es dürfte in diesem Zusammenhange genügen darauf zu verweisen, daß der werdende Mensch sich allmählich als Einzelwesen fühlt, das sich von seiner Umwelt unterscheidet. Er wird im Laufe der Entwicklung zu einer Persönlichkeit, die sich der Rechte und Pflichten sowie ihrer Verantwortung gegen sich selbst und andere bewußt wird. Es ist das *individuelle Bewußtsein* das sich entwickelt und durch innere und äußere Lebensbedingungen beeinflußt wird. Die Erfahrung hat es als eine wissenschaftliche Wahrheit erwiesen, daß der geistige und seelische Inhalt und zugleich die wirtschaftliche und soziale Umwelt das Bewußtsein eines Menschen bestimmt und daß eine Veränderung der Lebensbedingungen auch eine Veränderung des Bewußtseins nach sich zieht.

Als der Mensch begann in Gemeinsamkeit mit andern Menschen zu leben, (nach Anschauung vieler Wissenschaftler soll der Mensch von Natur aus ein Herdentier sein) begann sich auch eine neue Art des Bewußtseins zu entwickeln, das *soziale Bewußtsein*. Man denke nur an das Stammes- oder Volksbewußtsein oder auch an das Standesbewußtsein. Besonders letzteres wird heute oft, manchmal allerdings ganz falsch, als *Standesdünkel* bezeichnet. Auch das soziale Bewußtsein bildet sich erst allmählich in einer Menschengruppe, die nicht mehr vegetiert und in dumpfer Unbewußtheit dahinlebt. Es wird beeinflußt durch den geistigen Hoch- oder Tiefstand, sowie durch die äußere Lage, in der sich die Gruppe befindet. Die Geschichte zeigt eine geradezu unzählige Fülle von Beispielen auf, die beweisen, daß eine Menschengruppe, die wirtschaftlich stark ist, in ihren Angehörigen ein stark ausgeprägtes soziales Bewußtsein erzeugt; verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage, so verliert das soziale Bewußtsein an Stärke. Diese Veränderung des sozialen Bewußtseins der verschiedenen Gruppen, unter dem Einfluß der veränderten wirtschaftlichen, geistigen und rechtli-

chen Verhältnisse ist eine der interessantesten Erscheinungen in der Menschheitsgeschichte.

Im Laufe der Entwicklung wurde die ursprüngliche Menschengemeinschaft die nur das *Gemeineigentum* kannte und in der jeder Anspruch auf seinen Lebensunterhalt hatte, der seine Arbeit pflichtgemäß verrichtete, auseinandergerissen und in verschiedene Teile gespalten. Der *Solidarismus*, der sich in der ursprünglichen Menschengemeinschaft aus dem *Bewußtsein der Zusammengehörigkeit* heraus entwickelt hatte, starb ab. Es bildeten sich *Klassengegensätze* in ein und derselben Gruppe, in ein und demselben Volke. Wie sich diese Bildung von Klassengegensätzen vollzog, faßte kürzlich die „Metallarbeiter-Zeitung“ treffend in folgende Worte: Diese Gegensätze waren zunächst wirtschaftlicher Art. Sie zeigten sich in den Unterschieden der materiellen Lebensbedingungen, in bezug auf Nahrung, Wohnung und Kleidung, in bezug auf Arbeit und Arbeitseinkommen, in bezug auf Eigentum und Besitz. Sie schieden die Menschen in Arme und Reiche, in Besitzende und Besitzlose, in Herren und Sklaven. Dieser wirtschaftliche Gegensatz zog auch einen sozialen Gegensatz nach sich. Die Besitzenden, die nicht mehr zu arbeiten brauchten, sondern von dem Ertrag fremder Arbeit ein angenehmes Dasein führten, verachteten die Arbeit und betrachteten die Menschen, die arbeiten mußten, als minderwertige Menschen; sie dünkten sich turmhoch erhaben über den Pöbel, über das gemeine Volk. So entstand der Unterschied zwischen Vornehm und Gering, zwischen Herren und Knechten. Drittens zeigte sich dieser Gegensatz in rechtlicher Beziehung. Die Unterschichten werden rechtlos gemacht und von dem Mitbestimmungsrecht in öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen; sie galten als Menschen minderen Rechts, sie bildeten die entrechtete Masse, während die Herren auf ihre Vorrechte, auf ihre Herrenrechte pochten. Endlich trat dieser Gegensatz auch in kultureller Beziehung zutage. Die Oberschichten versperrten den Unterschichten den Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten und erhielten sie in geistiger Rückständigkeit. Sie schlossen sie aus von Wissenschaft und Bildung, von Kunst und Kultur, sie drückten sie herab auf die Stufe sprechender Arbeitstiere, sie erweiterten planmäßig die Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten. So zog sich denn ein klaffender Zwiespalt durch ein Volk, der die Volksgenossen äußerlich zerriß und innerlich entfremdete.

Dieser Zwiespalt, diese Enttremdung, diese Rechtlosigkeit, Ausbeutung und Erhaltung in geistiger Rückständigkeit, die den Besitzenden und Herrschenden als eine Selbstverständlichkeit und Naturnotwendigkeit erschienen, wurden von den Unterschichten als ein Unrecht empfunden. Sie empfanden, sie fühlten, daß sie eine ausgebeutete, entrechtete und zurückgesetzte Gesellschaftsschicht waren. Das *Klassengefühl* entwickelte sich so allmählich. Nach und nach kam der ausgebeuteten, entrechteten und zurückgesetzten Gesellschaftsschicht ihr materielles und geistiges Elend immer mehr zum Bewußtsein; das *Klassengefühl* entwickelte sich zum *Klassenbewußtsein*.

Das *Klassenbewußtsein* als notwendige Voraussetzung zur Führung eines erfolgreichen Kampfes für die Klasseninteressen ist durchaus keine Erscheinung der Neuzeit. Schon im Altertum finden wir zahlreiche Äußerungen eines proletarischen Klassenbewußtseins. Solche Äußerungen ziehen sich durch die ganze dann folgende Geschichte der Menschheit hindurch. Was jedoch dem modernen Klassenkampfe der Arbeiterklasse seinen Stempel aufdrückt, ist die Kenntnis der treibenden Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft, die Marx-Engels erkannten, formulierten und feststellten. Erst durch diese Erkenntnis war es möglich die bis dahin in Geltung befind-

liche Systembauerei als klassische Philosophie zu überwinden und an die Stelle des Kampfes für eine Utopie den Kampf für den wissenschaftlichen Sozialismus zu setzen. Wer sich näher über die Umwandlung der Utopie zur Wissenschaft informieren will, der lese die noch heute aktuelle Schrift von Friedrich Engels: Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, ein Auszug aus der Schrift: Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.

Natürlich muß auch im Kampfe der Arbeiterklasse die Erweckung des Klassenbewußtseins vorausgegangen sein. Denn erst das Bewußtsein, einer ausgebeuteten, entrechteten und zurückgesetzten Klasse anzugehören, setzt den Klassenwillen in Bewegung, eine Beseitigung der Klassengesellschaft herbeizuführen. Der Führung des proletarischen Klassenkampfes muß notwendigerweise die Erkenntnis der *Klassenlage* des Proletariats vorausgehen, dessen Folge das *Klassenbewußtsein* ist und dann notwendigerweise den *Klassenwillen* in Bewegung setzt. Denn nur jener Proletarier hat Wert, im Kampfe um den Sozialismus, der ein klassenbewußter Proletarier ist, das heißt, der nicht nur das dumpfe, instinktive Gefühl, sondern die felsenfeste Überzeugung hat, daß er einer ausgebeuteten, unterdrückten, entrechteten Klasse angehört, und aus dieser Erkenntnis heraus den unbeugsamen Willen schöpft, andere Zustände herbeizuführen.

Könnte man sich nach der Ansicht einzelner Arbeiterkreise einstellen und nach der von ihnen vorgezeichneten Art handeln, dann könnte die Arbeit, durch dauernde Aufklärung, Schulung und Erziehung das Klassenbewußtsein in die Arbeitermassen hineinzubringen, als getan betrachtet werden. Aber gerade diese Kreise widersprechen sich in geradezu klassischer Weise. Sprechen sie doch oft auch den Arbeitern das Klassenbewußtsein ab, die einen andern Weg als den von ihnen als richtig betrachteten zur Beseitigung der Klassenherrschaft gehen wollen und nicht zuletzt in der Bekämpfung dieser Arbeiter ihre wesentlichste Aufgabe erblicken. Daß tatsächlich noch Riesenarbeitermassen das Bewußtsein ihrer Klassenlage fehlt, also Klassenbewußtsein und der unbeugsame Wille, andere Zustände herbeizuführen, nicht vorhanden ist, sehen sie nicht oder übersehen es absichtlich.

Daß tatsächlich große Massen von Arbeitern noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gekommen sind, dafür nur ein kleines Beispiel. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte kürzlich eine ungefähre zutreffende Zusammenstellung über die in Deutschland erscheinenden Tageszeitungen und ihre Abonnentenzahl. Dabei ergab sich, daß etwa 3300 bürgerliche Zeitungen rund 25 000 000 Abonnenten und 300 sozialistische Tageszeitungen rund 4 000 000 Abonnenten haben. Vergewärtigt man sich, daß noch eine nicht unerhebliche Anzahl Leser sozialistischer Tageszeitungen im bürgerlichen Lager sitzen, die diese Zeitungen aus den verschiedensten Gründen halten, und die Tatsache, daß gerade jetzt außerordentlich scharfe Klassenkämpfe ausgefochten werden, dann hat man einen ungefähren Überblick darüber, inwieweit die Arbeiter zum Klassenbewußtsein gekommen sind. Will aber das Proletariat seine geschichtliche Mission erfüllen, dann kann es sich nicht von Instinkten und Gefühlen leiten lassen, sondern es muß zu einer denkenden, in sich selbst verbundenen Einheit werden, die aus der *klaren Einsicht in die Verhältnisse* heraus ihre Kampfaktik bestimmt und diesen Verhältnissen entsprechend ihre Kampfmittel in Anwendung bringt. Es ergibt sich also auch hieraus wieder, daß nur die klare Einsicht in die Verhältnisse, der die Erkenntnis der Klassenlage und das sich daraus entwickelnde Klassenbewußtsein vorausgegangen sein muß, die Bestimmung der erfolgreich anzuwendenden Mittel im Klassenkampfe des Proletariats möglich macht, und deshalb aller Streit über die Tak-

tik unfruchtbar sein muß, der sich nicht auf die klare Einsicht in die Verhältnisse stützen kann.

Aber ein weiteres kommt noch hinzu. Ist die klare Einsicht in die Verhältnisse nicht vorhanden, dann muß der auf eine Beseitigung der Klassengesellschaft gerichtete und den Kampf in Bewegung setzende *Klassenwille* zum Stillstand kommen, sobald ein sich zeigendes Hindernis größer ist als die zur Verfügung stehende Kraft. Beweise dafür, daß es auch so ist, sind fast in jedem Jahresberichte aller Arbeiterorganisationen enthalten und zwar in dem Ausrufe: Die Verhältnisse waren stärker als unser guter Wille. Geht man diesem Ausspruche einmal näher seinen Ursachen nach, so entpuppt er sich als ein Eingeständnis falscher Einschätzung der vorhandenen Machtverhältnisse und einer unklaren Einsicht in die Verhältnisse. Theoretisch aber betrachtet ist er weiter nichts als die ausgesprochene Gefühlsempfindung, daß auch der Klassenwille ökonomische Berge nicht so oder anders versetzen kann, sondern nur in der Entwicklungsrichtung liegend, vorwärtstreibend zu wirken in der Lage ist. Also auch der Klassenwille hat in der Wirkung seine Grenzen, die wir noch feststellen müssen, weil gerade heute sehr oft der Vorwurf erhoben wird, daß nur der Wille zum Handeln nicht vorhanden sei.

## Rundschau.

**Verbindlichkeit rückdatierender Tarifverträge.** Bisher herrschte immer Streit darüber, von welchem Zeitpunkt an der Reichsarbeitsminister Tarifverträge für allgemein verbindlich erklären kann und von welchem Zeitpunkt an die Arbeitgeber, die nicht organisiert oder an dem Abschlusse des in Frage kommenden Tarifvertrages nicht beteiligt gewesen sind, den im Tarif für verbindlich erklärten Tariflohn bezahlen müssen. Die Prozesse über diese Fragen sind meistens nicht über die Gewerbe- und höchstens die Landgerichte hinausgekommen, da die Streitobjekte nicht hoch genug waren. Jetzt ist endlich ein Prozeß bis an das Reichsgericht gegangen. Nach der Entscheidung sind alle Arbeitgeber einer Branche verpflichtet, von dem Tag ab, der in der Verbindlichkeitsklärung des Tarifvertrages festgesetzt ist, den Tariflohn zu zahlen, ob sie nun der vertragsschließenden Organisation angehören oder Außenseiter sind und einen Privatvertrag mit früherem oder späterem Gültigkeitstermin abgeschlossen haben. Sie können sich nicht mehr damit herausreden, daß für sie der Tarifvertrag überhaupt nicht oder erst von dem Zeitpunkt an gelte, an dem der Bescheid des Reichsarbeitsministers veröffentlicht worden ist. Nach diesem Urteil haben sich alle unteren Instanzen zu richten.

**Jugendkündigungen für den Jugendschutz.** Der Ruf nach erhöhtem Jugendschutz und nach besserer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Heranwachsenden in der Gesetzgebung findet nicht überall das nötige Verständnis, ja hat teilweise eine Gegenagitation interessierter Kreise herbeigeführt. Vor allem findet die nicht allein von der Jugend, sondern auch von den Erziehern gestellte Forderung, daß die zum Besuch der Fortbildungsschulen nötige Zeit in die Arbeitszeit eingerechnet werde, Widerstand. Der Reichsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen hat sich bereits mit Eingaben an die Regierungsstellen und gesetzgebenden Körperschaften gewandt und die im Interesse der Jugendlichen zu stellenden Forderungen unterbreitet.

Jetzt erscheint es an der Zeit, daß die Jugend selbst öffentlich für ihre Forderungen eintritt. Sie muß zum Ausdruck bringen, daß sie keine längere Arbeitszeit als die Erwachsenen haben will, daß sie aber auch imstande und bereit ist, ihre freie Zeit in einer Weise zu verwenden, die dem Jugendlichen selbst und dem Volksganzen Vorteil bringt.

Der Reichsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen ruft deswegen die ihm angeschlossenen Verbände auf, in allen Orten Deutschlands am Sonntag, den 26. März 1922, *Jugendkündigungen für die Weiterführung des Jugendschutzes zu veranstalten*. Wo noch keine Ortsausschüsse bestehen, müssen die einzelnen Gruppen (freie Gewerkschaften, Arbeiterjugend und Sozialistische Proletarierjugend) sofort miteinander in Verbindung treten, um eine genügende Vorbereitung zu ermöglichen.

**Für ein Reichs-Arbeiterjugendheim.** Der Verband der Arbeiterjugend-Vereine Deutschlands veröffentlicht in seinen Zeitschriften „Arbeiterjugend“ und „Führer“ einen Aufruf, in dem er die Arbeiterjugend auffordert, für ein zu gründendes Reichsjugend- und Ferienheim der Arbeiterjugend überall Sammlungen einzuleiten. Die Jugend hat bereits mit den Sammlungen begonnen.

Die Arbeiterjugendbewegung wendet sich nunmehr auch an die Erwachsenen, an die Freunde der Bewegung, an die Genossenschaftler, Gewerkschaftler, wie an die Parteigenossenschaft und bittet sie, ihr bei Erreichung dieses Zieles nach Kräften zu helfen.

In vermehrtem Maße erhalten nach der Revolution auch junge Arbeiter und Arbeiterinnen Ferien. Stark setzt das Bedürfnis der Arbeiterjugend ein, sich eine Stelle im Reich zu schaffen, wo sie verweilen darf. Die immer stärker werdende Jugendbewegung an sich fordert ebenfalls einen Ort, wo Zusammenkünfte Tagungen und Feste stattfinden und wo sich Vertreter der Bewegung des deutschen Reiches, wie auch der Gesinnungsgenossen des Auslandes treffen können. Man denkt sich ein solches Heim möglichst zentral, vielleicht in den schönen Bergen Mitteldeutschlands gelegen.

Der Hauptvorstand der Arbeiterjugend ruft mermt alle Genossinnen und Genossen, alle Freunde, alle Förderer der Bewegung auf, die Sammlung zu unterstützen. Jeder spende! Jeder gewinne Hilfe aus Freundeskreisen! Jeder werbe um Unterstützung auf den Arbeitsstätten, in den Gewerkschafts- und Parteiversammlungen

## Wirtschaftliche Übersicht.

Berlin, den 6. März 1922. — 1. Cannes für Zahlungsausschub und Wirtschaftskonferenz — Der internationale Gewerkschaftsbund geht nach Genua. — Fünftänderkonferenz. — Generalstreik gegen Krieg. — Sachlieferungen im freien Verkehr. — Steuerkompromiß. — Die Geheimorganisation der Reichsgewerkschaft. Gleitende Lohnskala? — Tarifierhöhung und Zollaufgeld. — Neuer Marksturz. — Die Teuerung steigt.

Die Ausbeute der unter so großen Erwartungen eröffneten Konferenz von Cannes ist durch den Vorstoß der französischen Nationalisten unter Führung Poincaré, der den unerwarteten Abgang Briands noch vor Beendigung der Konferenz zur Folge hatte, erheblich geschmälert und verzögert worden. Doch zwei wichtige Ergebnisse konnten nicht verhindert werden: Die Bewilligung des von Deutschland nachgesuchten Zahlungsaufschubs für die Reparationsverpflichtungen und ferner die internationale Wirtschaftskonferenz von Genua unter Beteiligung von Deutschland und Rußland. Die Bewilligung des Zahlungsaufschubs erfolgte vorbehaltlich folgender Bedingungen:

1. Während der vorläufigen Verzugsfrist zahlt die deutsche Regierung alle 10 Tage 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen. Die erste Zahlung erfolgte am 18. Januar 1922.

2. Die deutsche Regierung unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen Reform- und Garantieplan betreffend das deutsche Budget und den deutschen Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Parzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922.

3. Die vorläufige Verzugsfrist geht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen eine Entscheidung über den oben unter zwei erwähnten Entwurf und das Programm getroffen haben.

Soweit die Bedingungen, die von der deutschen Regierung getreulich erfüllt worden sind. Bisher sind regelmäßig die geforderten Zahlungen geleistet worden, es ist auch der geforderte Garantie- und Reformplan unterbreitet worden. Der in Cannes bewilligte Zahlungsaufschub erstreckt sich auf ein Jahr und auf die Reparationsleistungen von 720 Goldmark und 1450 Millionen Sachleistungen.

Inzwischen waren die Nationalisten Frankreichs sifrig bemüht, ihren Anfangserfolg zu erweitern und die internationale Wirtschaftskonferenz von Genua, die für den 8. März in Aussicht genommen war, zu sabotieren. Die Hinausschiebung ist jedenfalls erreicht worden.

Lloyd George, dessen persönlicher Anteil an dem Zustandekommen einer Gesundung der internationalen Beziehungen — allerdings im wohlverstandenen kapitalistischen Interesse — unverkennbar ist, hat neuerdings mit einer politischen Krise in England zu kämpfen, von der sich wiederum die Nationalisten Frankreichs Vorteile in bezug auf Genua versprechen. Es ist mindestens zweifelhaft, daß diese Krise, die nicht zuletzt durch die wiederholten Nachwahlsiege der englischen Arbeiterpartei entstanden ist, die Konferenz von Genua ungünstig beeinflussen wird. Bemerkenswert ist, daß sich die internationale Arbeiterbewegung zur Zeit der Tagung der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genua Gehör verschaffen wird. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 3. und 4. Februar 1922 in Amsterdam beschlossen, eine besondere Konferenz in Genua abzuhalten, die zu der gleichen Zeit tagen wird, wie die internationale Wirtschaftskonferenz. In der gleichen Sitzung wurde die Tagesordnung des Internationalen Gewerkschaftskongresses, der im April in Rom stattfindet, wird, festgesetzt.

Das Wiederaufbauproblem führte die Arbeitervertreter Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens zu einer gemeinsamen Tagung der Fünftänderkonferenz, zusammen, die vom 24. bis 27. Februar in Frankfurt a. M. stattfand. Diese Konferenz, die einen ersten erfolgreichen Schritt gemeinsamer sozialistischer Arbeit darstellt, nahm zwei Resolutionen einmütig an. In der einen wird ausgesprochen, daß am Vorabend der Konferenz

von Genua der offene Bankrott der Politik des Zwanges und der Gewalt konstatiert werden müsse. Die Frage der Leistungsfähigkeit Deutschlands stehe in unlösbarem Zusammenhange mit der gesamten Weltwirtschaft, insbesondere mit dem Wiederaufbau Rußlands. Die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete müsse von Deutschland entsprechend seiner Leistungsfähigkeit unter Vermeidung der Verelendung des deutschen Proletariats in vollem Umfange übernommen werden. Die Unhaltbarkeit des in Friedensverträge von Versailles für die Durchführung des Wiederaufbaus vorgesehenen Systems sei erwiesen. An Wiederaufbaumaßnahmen seien u. a. hervorzuheben: Schaffung eines internationalen Wiederaufbauministries, Annullierung und internationale Übernahme der Deutschland im Widerspruch zu Wilsons 14 Punkten aufgebürdeten Lasten, Streichung der internationalen Kriegsschulden, Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts für den Wiederaufbauplan. Die Resolution schließt mit der Versicherung, daß die sozialistischen Parteien alles tun werden, „um der Politik des Zwanges und der Gewalt eine Politik der gegenseitigen Hilfe und Völkersolidarität entgegenzustellen“. In der andern Resolution wendet sich die Konferenz dem Problem der internationalen Abrüstung zu und sagt zum Schluß: „Die Konferenz erklärt sich vollkommen einverstanden mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses der Metallarbeiter-, der Bergarbeiter- und Transportarbeiterverbände und der Gewerkschaftsinternationale, die sich bereit erklärt haben, jeden neuen Krieg mit dem Generalstreik zu beantworten“.

Gleichzeitig mit der Fünftänderkonferenz tagten ebenfalls in Frankfurt a. M. die Exekutiven der 2. Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (sogenannten 2 1/2 Internationale), die auch gemeinsame Besprechungen über die Vorbereitung einer allgemeinen internationalen Konferenz der drei Exekutiven von London, Moskau und Wien abhielten.

Am 27. Februar ist ein Abkommen zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission paraphrasiert worden, das vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung durch die beteiligten Regierungen eine Regelung der Sachlieferungen in Ausführung des Friedensvertrages bezweckt. Das Abkommen soll zunächst bis zum 30. April 1923 Geltung haben und Sachlieferungen im freien Verkehr ermöglichen dergestalt, daß im Wege des unmittelbaren freien Verkehrs abgeschlossene Einzelverträge im Werte von mindestens 1500 Goldmark eine Bezahlung des deutschen Lieferanten durch die deutsche Regierung in Papiermark im Gefolge haben. Für die Benutzung fremder Rohstoffe sind von den Ententeäußern Devisenzahlungen zu leisten, die den deutschen Lieferanten zu kommen, um die Neubeschaffung der Auslandsrohstoffe zu ermöglichen. Ausgenommen sind Waren mit Ausfuhrverbot oder kontingentierter Ausfuhr, Waren fremder Herkunft aus eingeführten Rohstoffen hergestellte Nahrungsmittel, sowie Gegenstände aus Gold, Silber und Platin. Die Lieferungen unterliegen wie alle privaten Exportgeschäfte der deutschen Außenhandelskontrolle, der Verzollung und den Handelsbestimmungen der fremden Staaten.

Aus alledem wird ersichtlich, daß das Reparationsproblem „im Fluß“ ist, d. h., die „Regelung“ als „Festlegung“ der Verpflichtungen für Deutschland durch die Entente ist vorbeigekommen.

Eingangs wurde bereits die in Cannes aufgestellte Verpflichtung Deutschlands zur Vorlegung eines Reform- und Garantieplanes erwähnt. Bei der Formulierung dieses Reformplanes durch die deutsche Regierung gab es Krisenstimmung zu meistern. Insbesondere bereitete das Steuerkompromiß erhebliche Schwierigkeiten, zumal dabei die „große Koalition“ von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratischen Partei eine Rolle spielte. Auf dem Boden der Zwangsanteile in Höhe einer Goldmilliarde kam zunächst auch die Mitwirkung der Deutschen Volkspartei zustande und der Reformplan wurde überreicht. Als dann aber Dr. Rathenau zum Reichsminister des Äußeren ernannt wurde, gingen die Volksparteiler zur Opposition über und die Regierung Wirth schien gefährdet, erhielt dann aber bei der Abstimmung des Reichstages über das Vertrauensvotum am 15. Februar eine erhebliche Mehrheit. Dadurch ist die bisherige Wiederaufbau- und Erfüllungspolitik der Reichsregierung gesichert worden. Die Beratungen über die Durchführung des Steuerkompromisses sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Als eine weitere Gefährdung der Regierung und darüber hinaus der republikanischen Verfassung scheint sich immer mehr der überraschend begonnene Eisenbahnerstreik herauszustellen, der ohne Fühlungnahme mit den übrigen Gewerkschaften und ohne Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten aufgenommen wurde. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände wandten sich gegen diesen Streik, da er offensichtlich die Allgemeininteressen ohne zwingenden Grund gefährde. Der Streik wurde nach kurzer Dauer abgebrochen. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht nun — zuletzt am 3. März — aufsehenerregende Enthüllungen über die Vorgänge in der Leitung der Reichsgewerkschaft, die vorwiegend in Händen rechtsstehender bürgerlicher Parteimänner liegt. Danach soll selbst von der Übernahme der Regierung gesprochen

worden sein. Aus den im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten geheimen Verordnungen der obersten Streikleitung geht hervor, daß eine planmäßige Sabotage vorbereitet wurde (Dem entspricht der Ausbruch des Streiks bei strengem Frost, durch den die ausgekühlten Lokomotiven betriebsunfähig wurden). Die Verwendung des Personals nach Stilllegung des Betriebes erfährt weitere eingehende Regelung und soll u. a. der Übermittlung des eigenen Nachrichtendienstes, dem Transport Bewaffneter und der Besetzung der Telegraphen- und Fernsprechzentralen dienen.

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten fand am 16. Februar eine Besprechung über die Frage der gleitenden Lohn- und Gehaltsskala statt, bei der interessierte Spitzenorganisationen vertreten waren. Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes legte die Schwierigkeiten dar, den Begriff des Existenzminimums festzulegen, die Gewerkschaften würden aber seiner Meinung nach nicht gegen die Einführung der gleitenden Lohnskala sein. Durch diese Erörterungen ist die Frage der gleitenden Lohnskala, die von den graphischen Gewerkschaften abgelehnt wird, erneut aufgerollt worden.

Nachdem die erheblichen Tarifierhöhungen der Eisenbahn von 75 bzw. 30 Prozent am 1. Februar in Kraft getreten sind, erfährt der Gütertarif ab 1. März abermals eine Erhöhung von 20 Prozent, so daß diese Verteuerung in Verbindung mit der am 1. März in Kraft getretenen Erhöhung des Zollaufgeldes auf 4400 Prozent eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung nach sich ziehen mußte, wozu noch die Forderungen des Feindbundes dazu beitragen. Ein neuer Marksturz war die Folge. Der Dollar, der bis Mitte Februar auf etwa 200 Mk. stand, notierte am 2. März mit 229,77, am 3. März mit 239,51 und am 5. März mit 251,74 Mk. Die Teuerungs-Indexziffer kommt aus der ansteigenden Tendenz nicht heraus und ständige Lohnbewegungen sind die Folge. Der Beschäftigungsgrad der Industrie ist infolge des noch immer guten und durch den Valutasturz künstlich genährten Auslandsgeschäftes andauernd gut. Zu den Erschwerungen des graphischen Gewerbes durch Post- und Bahntarifierhöhung treten neue durch Zellstoff- und Papierpreiserhöhungen hinzu. Ab 1. März kosten 100 kg Zellstoff frei Bahnstation je nach Art und Qualität 675 bis 1010 Mk., was eine neuerlichen Preiserhöhung von etwa 12 Prozent gleichkommt. Die Getreide- und Brotpreise haben ab 16. Februar eine 75 prozentige Erhöhung erfahren und schon wieder macht sich ein steigender Getreidewucher bemerkbar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am 2. März einen offiziellen Schritt beim Reichskanzler gegen den Getreidewucher unternommen. Im Reichsrat kam am 3. März eine Vereinbarung mit einem Vertreter des Reichsverkehrsministeriums zustande, die Reichsregierung zu ersuchen, für Karloffeln einen wesentlich ermäßigten Gütertarif mit Gültigkeit bis 30. September 1922 einzuführen.

Wäre die Arbeiterschaft nur auf solche Maßnahmen angewiesen, so wäre sie längst verloren.

F. P.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Fortbildung, nicht Ausbeutung.

Zur Erlangung eines Lehrbriefes für Lehrlinge des Lithographie- und Steindruckgewerbes erließ das Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe in der vorigen Nummer der „Graphischen Presse“ ein Preisausschreiben und forderte die zeichnerisch tätigen Angehörigen des Lithographie- und Steindruckgewerbes, sowie aus dem Berufe hervorgegangene sonstige Personen auf, ihm Entwürfe einzusenden, die sich zu ein- oder mehrfarbiger Wiedergabe in lithographischer Technik eignen. Ein ähnliches Preisausschreiben des Leipziger Gewerkschaftskartells gaben wir in Nr. 5 unseres Verbandsorgans bekannt.

Diese Bekanntmachungen haben nun die schon wiederholt auch von uns erörterte Frage der Preisausschreiben wieder zur Diskussion gestellt und man trifft verschiedentlich in Kollegenkreisen die Meinung an, daß jedes Preisausschreiben sittlich unzulässig sei und eine ganz besondere Ausbeutung darstelle.

Dieser Auffassung möchten wir auf das energischste widersprechen. Die von Arbeiterkorporationen erlassenen Preisausschreiben sind in keinem Falle von der Annahme diktiert, sich dadurch einen besonderen Vermögensvorteil zu verschaffen, was sie schon von den sonst üblichen Preisausschreibern grundsätzlich unterscheidet. Aber auch in ethischer Beziehung gehen sie von ganz anderen Voraussetzungen aus und sollen nur dem Zwecke dienen, für einen Arbeiterkreis etwas gutes zu schaffen, das seine Wirkung in weiterer Fortbildung von Arbeitern hat.

Selbstverständlich ließen sich noch eine weitere Reihe wichtiger Gründe beibringen, die solche Ausschreiben in ein ganz anderes Licht rücken. Doch dürfte es mit dem Gesagten sein Bewenden haben können. Viel wichtiger ist, darauf zu verweisen,

daß schon aus Gründen der Fortbildung jeder sich befähigt führende Kollege an dem vom Tarifamt losgelassenen Preisausschreiben beteiligt, damit eine solche Reihe von Entwürfen der Bewertung unterliegt, die schon allein den Beweis dafür erbringt, daß Vorwärtstreben in unsern Reihen kein leerer Begriff ist. Eine starke Beteiligung würde auch ferner eher möglich machen die eingegangenen Entwürfe, die nach der Bewertung vom 1. bis 4. Mai im Buchgewerbehaus zu Leipzig ausgestellt werden sollen, auch andern Kollegenkreisen zum Zwecke der Fortbildung zugänglich zu machen. Wir möchten deshalb allen sich befähigt fühlenden Kollegen nochmals nahe legen, durch Einreichung eines Entwurfs das Tarifamt in seinen Bestrebungen zu unterstützen.

## Zur Urabstimmung über § 41 Ziffer 4 des Statutes.

Generalversammlung, Herzschlag der Organisation, Wegweiser und Überprüfer. Wie wurde in den Jugend- und Sturmjahren der Verbände diese Zeit immer wieder neu erwartet! Was für eine Summe neuer Energie zu tüftigem Verbandsleben wurde beim Herantreten solcher Tagung entlacht. Das Fazit jeder solcher Tagung, gab eine Ausgestaltung des Verbandsstatutes, eine Klärung der Meinungen; war ein Stahlbad besten Sinnes, denn sie brachte neue Kraft zu fördernder Arbeit im stolzen Kulturwerke der Arbeiter.

Der Arbeiter und Sozialist, der das Werden der Bewegung nicht nur aus der Historie kennt, sondern sie miterlebt hat, der ist des Gefühles „das, was die Schöpfer derselben als Ziel sich gesetzt haben, das ist geworden“, trotz allem; trotz der sieben mageren Jahre, trotzdem die Not am größten und die Hilfe noch weit.

Das höchste Ziel, das uns vorschwebte, war nicht, den sorgenlosen Zukunftsstaat selbst zu erleben; das Ziel heißt, die Ausbreitung der Idee, dann der Verbände; die Anerkennung der Organisation zu erleben!

Und das ist geworden! Mag da sagen wer da will und was er will. Wir, die da Stürmer waren und heute noch Dränger sind, wir sagen aus mageren Beuteln, aber vollem Herzen: Der ideelle Teil des Zieles ist erreicht; das materielle möge unsere Jugend schaffen. Die Evolution schreitet langsamer vorwärts, wie die Revolution; aber die letztere wird stets durch die erstere überwunden. Wer dies Gesetz der Tatsachen erkennt hat, weint dem keine Träne nach, weil Enttäuschungen sein Denken nicht beeinflussen.

Aus dem, was die Gewerkschaften geworden sind, ist jetzt, weil es so wurde, das Fazit zu ziehen, daß die Verbandstagungen eine Umwertung erfahren haben. Es dienen diese nicht mehr der Agitation; sie haben um vieles mehr nach innen, wie nach außen zu wirken.

Es mag ketzerisch sein, aber ein nicht konservativer Geist, (ein Sozialist der immer von früher redet, und das tun viele, ist auch konservativ) muß erkannt haben, daß den Verbandstagungen viel von dem, das sie zu bewältigen hatten, schon vorweg genommen ist und der größte Teil dessen, was nach der Tagung getan werden muß, wird den hierzu bestimmten, dem Verbandsvorstand und den Gauleitern, übertragen. Und das ist gut so — weil es so sein muß, weil es die gewordene Ausdehnung der Bewegung gar nicht anders zuläßt.

Die Ausdehnung, welche das Verbandsleben genommen hat, brachte die Anstellung vieler als tüchtig erkannten „Führer im Berufe“; mit dieser Anstellung wuchs das Zusammen- und Ineinanderarbeiten innerhalb der Organisation. So wie im ADGB, die Vorsitzenden-Konferenzen sich als unumgänglich erwiesen, so notwendig und fördernd sind bei uns die Gauleiterkonferenzen geworden. Daß aber durch die in regelmäßigen Zeiträumen erfolgende Aussprache und Fühlungnahme die Notwendigkeit der in dreijährigen Abständen zu erfolgenden Heerschau der Meinungen, der Abänderungen usw., bei einem solchen stetigen Komplex nicht mehr die Bedeutung von früher hat, das erweist in unserem Verbandsorgan. Der Widerstreit der Meinungen, der Ziele und der Wege, die der organisierte Arbeiter zu gehen hat, ist abgekämpft und weil dem und der Statutenänderung die meiste Zeit der Verbandstagung gehörte, darf man mit Recht sagen, „es haben die Verbandstagungen ihren Zweck erfüllt“, und weil sie das getan, darf eine Redigierung derselben erfolgen. In einer Zeit, in der die gewählten Verbandsvertreter aus dem Reiche sich in einem Jahre mehrere Male zur Aussprache und zu Beschlußmaßnahmen zusammenfinden müssen und weil in dem verhältnismäßig kleinen Kreise derer, die keine Neulinge sind, eine solche Aussprache sehr gediegen ist, da ist es im Gegensatz zu früher einfach gar nicht mehr nötig, daß auf je 250 Kollegen ein Delegierter zum Verbandstage kommt. Der Gauvorsitzende ist heute viel mehr denn früher der Vertrauensmann des Kreises, der ist unterrichtet und gibt sein bestes weiter in viel besserem Maße, als dies früher sein konnte, eben gerade durch die ständige Fühlung mit den Zentralen und dieser mit den Gauleitern.

Aus diesem Grunde ist der Beschluß des Verbandsvorstandes einfach zu begründen als ein Akt dessen, was geboten. Das Interesse der Kollegenschaft bleibt wie die Würde der Verbandstagung

ebenso gewahrt mit 70, wie mit 100 Vertretern. Umso mehr, als das Mittel der Volksbefragung, alias Urabstimmung, hier wie in manchen anderen Fällen die beste Nutzenanwendung zur praktischen Lösung solcher, oder noch mancher anders gelagerter Fragen ist.

Daß die Verbandstagung in diesem Jahre stattfindet, wird wohl im Interesse der in unserem Verband nebeneinander herlaufenden Tarife, wie im besonderen, der das ganze graphische Gewerbe beherrschenden Frage der Industrieorganisation sein. Diese Frage wird ja letzten Endes zwar weniger auf einer solchen Tagung, sondern zwischen den Vorständen die Reife des Spruches erfahren, aber für die gebotene Förderung dieser Frage ist eine solche Tagung wesentlichlicher als die rednerischen Hinweise in den Mitgliederversammlungen. Das allerwesentlichste dabei ist nur, daß die jedem Berufe eigenen Besonderheiten im Schwange der Gefühle nicht außer acht gelassen werden. Zu einem guten Kuchen gehört nichts bloß, daß der Teig gerührt wird und daß viel Rosinen darin sind, man darf auch die bitteren Mandeln nicht vergessen und in der Angelegenheit des Zusammenschlusses der vier graphischen Berufsverbände sind deren mehrere. Vorbedacht ist besser wie nachbedacht. Wenn es auch nicht geht in diesem Falle, wie Wilhelm Busch sagt, „doch sieh da zeigt der Vater sich und schneidet weg was hinderlich“, so ist doch die Aussprache all dessen was ist, was werden, aber vom alten bleiben muß, die Vorbedingung zum ersprießlichen, zur kommenden Vereinigung.

Was sollte besser geeignet sein zu solcher Aussprache als ein Verbandstag, aber auch für eine solche soll in einer Zeit der uns höchste gespannten Teuerung das Wort gelten „in der Beschränkung zeigt sich der Meister“.

Der von Vorstand und den Gauleitern zur Urabstimmung ausgeschriebene Vorschlag gibt eine Entlastung, die nur gut geheißen werden kann.

aha.

## Zur Urabstimmung.

Ganz mit Recht schreibt der Verfasser des Leitartikels in Nr. 7 der „Graphischen Presse“, daß eine genaue und eingehende Erwägung aller jener Gesichtspunkte und Anschauungen innerhalb der Kollegenschaft unseres Berufes, wie auch der gesamten Arbeiterschaft vor sich gehen muß, ehe man zur vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Abstimmung über eine event. Einschränkung der Delegiertenzahl zur nächsten Generalversammlung schreiten kann.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß breite Kreise der Gehilfenschaft nicht immer und ohne Einschränkung die Handlungsweise und ganze Geschäftsführung insbesondere aber die Stellungnahme in der Frage der Arbeitsgemeinschaftspolitik gutgeheißen haben und so. Itte eigentlich auf Grund dieser Tatsache sich den Verbandsvorstand sich die zwingende Notwendigkeit ergeben, eine eingehende Aussprache mit allen diesen Schichten der Kollegen herbeizuführen, statt diese Möglichkeit durch die beabsichtigte Einschränkung der Delegiertenzahl für die Generalversammlung noch mehr zu beschneiden. Von diesem Gesichtspunkte aus ist bereits eine grundsätzliche Stellung zur Frage der Urabstimmung gegeben: Die Forderung des Verbandsvorstandes ist ohne weiteres abzulehnen. Gewiß darf nicht verkantet werden, daß die angeführten Ziffern und Möglichkeiten für die geplante Beschränkung der Delegiertenanzahl eine ziemliche Ersparnis für die Verbandskasse ergeben würden, aber diese mögliche Ersparnis muß zurücktreten vor der Notwendigkeit einer eingehenden Aussprache über Gewerkschaftspolitik überhaupt und die Linie, auf der sich eine weitere Entwicklung dieser Politik gestalten kann. Und da ist es nötig, zwei Fragen aufzuwerfen:

1. War die Politik des Verbandes eine bis zum jetzigen Zeitpunkt richtige, und
2. ist es möglich, eine solche Politik in Zukunft überhaupt weiterführen zu können?

Die zweite Frage stellen, heißt die erste verneinen. Es soll nicht des näheren ausgeführt werden, inwiefern diese Politik nicht die richtige war, jedem Kollegen ist darüber sicherlich mehr oder weniger zu Ohren gekommen um sich selbst ein Bild davon machen zu können. Und außerdem muß uns naturgemäß die Zukunft am meisten beschäftigen und will ich mich deshalb, auch im Interesse der Raumersparnis, um noch andere Meinungen zu Wort kommen zu lassen, mit der zweiten Frage etwas eingehender auseinandersetzen.

Der gleichen Nr. 7 der „Graphischen Presse“ entnehme ich aus dem Artikel: „Die Geschäftslage im Druckgewerbe im Januar“ eine sehr interessante Notiz. Es steht da nämlich wörtlich geschrieben: „Geklagt wird fast in allen Gruppen über den Rückgang der Auslandsaufträge, da die Gestehungskosten die Weltmarktpreise mehr und mehr erreichen“. Wenn nun auch zugestanden werden muß, daß diese Feststellung, da von Unternehmenseite herrührend, in deren Interesse gearbeitet und deshalb wohl etwas übertrieben sein dürfte, es ist ja auch nichts über die Höhe der „notwendigen“ Gewinne gesagt, so ist doch unsere Kollegenschaft, wie auch die gesamte Arbeiterschaft verpflichtet,

ins Auge zu fassen, daß eines Tages dieser Punkt erreicht werden könnte, daß wir mit unseren Produktionskosten die Höhe der Weltmarktpreise erreichen und zu diesem Faktum Stellung nehmen müssen.

Es muß festgestellt werden: Deutschland ist durch den verlorenen Krieg und den Versäiler Frieden mit seinen verschiedenen Anhängseln verpflichtet, Reparationen, sei es in Gold oder Sachwerten zu leisten. Es kann diese Verpflichtungen nur dann erfüllen, wenn es exportiert. Es kann aber nur exportieren, da sich der deutsche Imperialismus außerstand sieht, auf militärische Machtmittel gestützt, beliebig „Interessensphären“ zu bilden, in dem es die ausländische Konkurrenz unterbietet. Und der deutsche Kapitalismus erkannte klar welche Waffe sich ihm auf diesem Wege in der Gestaltung der Valuta bot und nutzte diese Waffe so gut es ihm möglich war, aus. Die natürliche Folge dieser Möglichkeit ist die jetzt gegenwärtig in Deutschland herrschende Treibhaus-Konjunktur, welche auf Deutschlands Ausverkauf basiert. Denn schon ist unsere Handelsbilanz aktiv geworden, d. h. die Ausfuhr überwiegt die Einfuhr. Mit logischer Konsequenz muß der Augenblick kommen, da unsere Industrie aus Mangel an Roh- und Produktionsstoffen zum Erliegen kommt.

Wir sehen aber ferner, daß der Kapitalismus aller außerdeutschen Länder (mit Ausnahme Rußland) krampfhaft bemüht ist, eine Stabilisierung der deutschen Valuta vorzunehmen und gleichzeitig durch gewaltige Aktionen einen Lohnabbau bei der Arbeiterschaft seines eigenen Landes herbeizuführen. einerseits um die beängstigend angewachsenen Arbeitslosenziffern herabzumindern, andererseits das durch die Weltwirtschaftskrise daniederliegende Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wir haben die gewaltigen Abwehrkämpfe der englischen, amerikanischen, französischen, tschechischen Arbeiterschaft gegen diese Versuche gesehen, wir erleben gegenwärtig den Kampf der dänischen Arbeiterschaft und müssen erkennen, daß der Kapitalismus dieser Länder im großen ganzen als Sieger aus diesen Kämpfen hervorgegangen ist. Der Lohnabbau ist eine Tatsache und es muß der Tag kommen, an dem die Produktion der ausländischen Industrie sich zu den gleichen Gestehungskosten wie in Deutschland vollzieht. Dann bleibt dem deutschen Kapitalismus, um leben und „wiedergutmachen“ zu können, nichts anderes übrig, als von neuem die Valuta herabzudrücken den Reallohn der Arbeiterschaft zu senken, um weiter unterbieten zu können. Sehr interessant sind auch hier die allorts auftretenden Bestrebungen, durch Beseitigung des Achtstundentages eine Verbilligung der Produktion zu erzielen.

Dem sinken der Valuta in Deutschland folgte aber wieder Lohnabbau im Ausland und dem wieder Valutasenkung und so zieht dieser verhängnisvolle Kreislauf immer engere Kreise, bis er letzten Endes auf dem Punkt ankommt, auf dem die Unmöglichkeit sich herausstellt, noch Unternehmerprofit zu machen und gleichzeitig dem Proletariat das zum Leben nötige zu geben, oder volkstämmlich gesprochen, das Proletariat oder der Kapitalismus sterben muß.

Es muß mit aller Klarheit festgestellt werden daß dieser Gedankengang kein Produkt schwarzer Phantasie ist, sondern die logische, unabwendbare Konsequenz der Tatsachen darstellt. Und von diesem Gesichtspunkte aus müssen alle sozialen Kämpfe der Gegenwart, bis zum letzten Eisenbahnerstreik gewertet werden. Und nun müssen wir erneut die Frage aufwerfen: Wie stellen sich die Gewerkschaften, wie stellt sich unser Verband zu dieser Entwicklung?

Es wird wohl jedem Gewerkschafter und den kenden Menschen klar, daß bei der an diesem Punkte angelangten Evolution die ganze Einstellung der Verbände zu den wirtschaftlichen Kämpfen, die dann naturnotwendig politische werden müssen, eine vollkommen andere sein muß, als sie bisher gewesen ist. Wir werden nicht umhin können, mit den kleinen, der geschlossenen Masse des Kapitals gegenüber zur Zwecklosigkeit verurteilten Einzelaktionen der Gewerkschaften einzuhaken. Wir werden eine Verschmelzung der kleinen Einzelverbände zu großen Industriegewerkschaften vornehmen müssen, und wir werden gezwungen sein, in den Verbänden alle Unterstützungseinrichtungen fallen zu lassen, um die ganze vorhandene Kraft einzusetzen, die gänzliche Verelendung des Proletariats zu verhüten.

Es kann auch nicht angehen, daß man die Augen vor diesen kommenden Notwendigkeiten verschließt. Ich nenne darum das Verhalten unserer Verbandsleitung, die angesichts dieser vor uns in aller nächster Zeit aufstehenden Perspektive kurzerhand, um einige kleine Ersparnisse zu erzielen, breite Schichten der Kollegenschaft von der Diskussion aller dieser oben meist nur angeregten Fragen auszuschließen, das Interesse der Gehilfenschaft deren Vertretung der Verband in wirtschaftlichen und politischen Fragen sein muß, in höchstem Grade gefährlich und schädigend. An die Gehilfenschaft richte ich den dringenden Warnruf:

Verliert nicht über den kleinen Fragen des Alltags, über 20 bis 50 Mark Lohnerhöhung die große politische Notwendigkeit des Kampfes um eure bloße Existenz aus dem Auge. Verlangt, daß

(Fortsetzung in der Beilage.)

diese Fragen mit aller Gründlichkeit auf der nächsten Generalversammlung durchberaten werden und fordert, daß möglichst viel Gehilfenvertreter an dieser Diskussion teilnehmen und nicht noch eine Einschränkung der Delegierten vorgenommen wird.

Der Verbandsleitung aber rufe ich zu: Bedenkt, wie wichtig es in der Gegenwart ist, die Führung mit der organisierten Masse der Gehilfenschaft aufrecht zu erhalten, damit nicht unser Verband in den kommenden großen Kämpfen zerbrechen wird!

H. E.

### Ortsberichte.

**Chemnitz.** Die letzte Monatsversammlung der Mitgliedschaft Chemnitz befaßte sich mit dem Ergebnis der letzten Lohnverhandlungen, und kam dabei einmütig die Unzufriedenheit mit dem erzielten Resultat zum Ausdruck. Seit Neujahr hoffte die Kollegschaft täglich auf Verhandlung und Lohnaufbesserung, und es wurde als äußerst rigoros bezeichnet, daß sich die Unternehmer so hartnäckig der Notlage der Kollegen verschlossen. Ist der Tarif dafür geschaffen ein weiterer Stützpunkt des Kapitals zu sein? Fast scheint es so. Höchstleistung in bezug auf Qualität und Quantität auf der einen Seite, dafür Unterernährung, Not und Elend, an allen Ecken auf der anderen Seite. Wir stehen jetzt wieder mit beiden Füßen in einer gewaltigen Feuerung und es ist ganz ausgeschlossen, mit dem jetzigen Lohn an ein Auskommen zu denken. Unverzüglich müssen Schritte unternommen werden und mit allem Nachdruck müssen unsere Vertreter versuchen ein Minimum zu erreichen. Das sind im wesentlichen die Gedanken, die in der Versammlung zum Ausdruck kamen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die am 10. Februar tagende Versammlung fordert den Verbandsvorstand auf, unverzüglich neue Lohnverhandlungen anzubahnen.

**Glogau.** Infolge der besonderen örtlichen Verhältnisse konnte die diesjährige Generalversammlung der Zahlstelle Glogau erst am 3. Februar d. J. im Vereinslokal stattfinden. Die Tagesordnung war reichhaltig. Aus dem Bericht der Kartelldelegierten ist hervorzuheben, daß der Kauf des alten Logengebäudes von der Stadt zur Einrichtung eines Glogauer Gewerkschaftshauses, abgeschlossen werden soll. Die Gesamtkosten werden auf 353 000 Mark veranschlagt. Die Zahlstelle hat beschlossen sich mit 2000 Mk. an dem Stammkapital zu beteiligen. Ferner soll jedes Gewerkschaftsmitglied 25 Mk. Sonderbeitrag zahlen. Nachdem hier schon vor einem Jahre die Anstellung eines Parteisekretärs erfolgt ist, zeigt die Arbeiterschaft mit der Schaffung dieses festen Stützpunktes aufs neue, daß sie den Wert des festen Zusammenschlusses aller Gewerkschaften zu würdigen weiß. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß der Mitgliederbestand sich zwischen 75 und 80 bewegte. Anschließend gab der 1. Vorsitzende Kollege Krakau einen kurzen Überblick über die öffentliche Tätigkeit im verflorbenen Jahre. Infolge der schwierigen Wirtschaftslage waren die Verhältnisse außerordentlich bewegt. Trotz aller zeitweiligen Lohnerhöhungen wird durch die rasend schnelle Geldentwertung jeder Lohnkampf der Arbeiterschaft zur Sisyphusarbeit. Statt vorwärts zu kommen, gleiten wir bei jedem Schritt noch um etwas zurück. So konnte es nicht wunder nehmen, daß auch in Glogau alle Augenblicke durch Lohnkämpfe Streikgefahr loderte. In Schlesien sind von jeher die am schlechtesten bezahlten Druckorte gewesen. Vor dem Kriege wurde diese Tatsache durch die Möglichkeit einer billigeren Lebenshaltung gegenüber anderen Gegenden ausgeglichen. Jetzt wo diese Möglichkeit weggefallen ist, der Preis aller Lebensnotwendigkeiten über das ganze Reich fast gleich hoch ist, jetzt will es den schlesischen Unternehmern noch nicht in den Kopf, daß sich für Schlesien keine besonderen Lohnsätze schaffen lassen. Der im Juni hier ausbrechende Streik aller Druckerei-Hilfsarbeiter führte in der Firma Flemming-Wiskott A.-G. auch zur Aussperrung von 9 Kollegen. Nach fünfmonatlichem Papierkrieg wurde endlich am 15. Dez. 1921 durch das Tarifamt die Entscheidung gefällt, daß den Kollegen die Aussperrungstage voll zu bezahlen seien. Gleiche Differenzen in der Zierdruckenanstalt Lindenruh wurden gütlich beigelegt. Im Herbst erklärte die Firma Flemming-Wiskott A.-G. ihren Austritt aus dem Schutzverband. Diese Gelegenheit, von den tariflichen Vereinbarungen frei zu sein, benutzten die Kollegen sofort, um ihre nur wenig den Mindestlohn überschreitenden Löhne wenigstens etwas der Feuerung anzupassen. Ihre Forderung lautete auf eine allgemeine Zulage von je 50 Mk. Die Firma zeigte anfangs größte Gleichgültigkeit und zog die Verhandlungen möglichst weit hinaus. Als die Kollegen energischer mit ihrer Forderung drängten und darauf auch nur ein lächerlich geringes Angebot bekamen, traten sie einmütig am 9. Januar 1922 in den Streik. Nun glaubte die Firma durch schleimigsten Wiedereintritt in den Schutzverband den Streik verhindern zu können. Als das nicht half, fanden am 13. Januar Finigungsverhandlungen im Beisein von Vertretern des Verbandsvorstandes und des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer statt. Doch auch hier war das Angebot wieder so gering, daß mit allen gegen eine Stimme der Streik fortgesetzt wurde. Daß auf die

einfache Streikmeldung hin verschiedene Zahlstellen freiwillig, reichlich und sehr schnell uns unterstützten, hat einen außerordentlich günstigen Einfluß auf die Stimmung unserer Kollegen ausgeübt. Erst am 15. Januar gelang es in erneuten Verhandlungen eine, allerdings auch noch nicht befriedigende, Grundlage zur Einigung zu finden. Am 16. erfolgte die Wiederaufnahme der Arbeit. Doch nun erlebte die Firma die unangenehme Überraschung, daß eine Anzahl jüngerer Kollegen anfangs sich nach besser bezahlten Stellungen umzusehen. Jetzt erst erfaßte sie das bedrohliche der Situation, griff aber glücklicherweise diesmal zu dem einzig sicher wirkenden Mittel, durch sofortige nochmalige Erhöhung aller Zulagen weitere Abwanderung zu verhindern und den Mißmut zu beseitigen. In allen übrigen Glogauer Steindruckereien waren inzwischen durch Verhandlungen mehr oder weniger hohe Zulagen über den Mindestlohn bewilligt worden. Es darf wohl erwartet werden, daß nun wieder ruhiges, ersprießliches Zusammenarbeiten eintritt: wie es unter der Tarifgemeinschaft eigentlich selbstverständlich ist, wenn der Valutasturz nicht dauernd das eben erreichte vernichtete und die Unternehmerschaft auch in Schlesien endlich einsehen lernte, daß es auf die Dauer nicht angeht die tariflichen Mindestlöhne beim Abschluß nach Kräften herunterzudrücken und sie dann in der Praxis einfach als allgemein gültige Höchstlöhne hinzustellen. Wir wollen zur Förderung unseres Berufes treue Anhänger der Tarifgemeinschaft sein, dabei aber alte Kampffähigkeit bewahren, denn auch Tarife können sich über Nacht zerschlagen. Zur Kampffähigkeit gehört eine gefüllte Kampfkasse. Um diese stets zu erhalten wäre es vielleicht von Vorteil, ein prozentual gleichendes Verhältnis zwischen Beitrag und Lohn zu schaffen. Punkt 3: Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender Paul Krakau, 2. Vorsitzender und Beisitzer Berndt, Beisitzer Zimmer, Franz, Kassierer Artur Hentschel, Schriftführer Binner, Revisoren: Sand, Rose, Semper. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte schloß Kollege Krakau die gut besuchte Generalversammlung mit der Bitte um rege Mitarbeit auch im neuen Geschäftsjahr. K. B.

### Ortsberichte.

**Leipzig. Notenstecher.** Am 6. Februar 1922 hielt die Sektion Notenstecher ihre Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende gibt einen kurzen Rückblick über das verflorvene Jahr und bringt zum Ausdruck, daß der Anschluß an den Verband der Lithographen und Steindruckereibesitzer ein großer Vorteil war, da wir dadurch viel leichter die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse haben überwinden können. Er hofft, daß der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo wir uns mit den Sektionen 1 und 2 verbinden können, um so den Verwaltungsapparat zu vereinfachen. Er gibt noch bekannt, daß eine Forderung auf Entschädigung für Abnutzung des Werkzeuges von den Unternehmern noch nicht endgültig beantwortet ist. Gefordert werden 3.-- Mark wöchentlich ab 1. Januar 1922.

Bei den vorzunehmenden Wahlen wurde, da andere Vorschläge nicht gemacht wurden, Kollege Held als Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Als Vertrauensleute wurden gewählt von C. G. Röder: Kollege W. Pietzsch, von Breitkopf & Härtel: Kollege Kämpfer, von Brandstätter: A. Pietzsch, von Geidel: Kollege Schulze. Es wurde an die Kollegen das Ersuchen gerichtet, dem Vorsitzenden, sowie den Vertrauensleuten ihr Amt durch Unterstützung zu erleichtern.

Zu den kommenden Tarifverhandlungen sind folgende Anträge eingereicht worden: 1. Fester Lohn für alle Notenstecher. 2. Die Einstellung von Lehrlingen soll nach dem Steindruckertarif § 5, Abs. 6 geregelt werden. Diese Anträge wurden von der Versammlung im allgemeinen genehmigt und soll versucht werden, dieselben mit allen Mitteln durchzusetzen. Der Artikel in Nr. 1, 35. Jahrgang vom 6. Januar der „Graphischen Presse“ festen Lohn betreffend, wurde sehr kritisch behandelt und soll mit den auswärtigen Zahlstellen Vereinbarungen getroffen werden.

Nach Entgegennahme einiger Mitteilungen aus den Zahlstellen wird die Versammlung geschlossen. A. P.

## Der Lithograph.

### Prüft vorher!

Vorkommnisse der letzten Zeit veranlassen uns einige Worte der Aufklärung an diejenigen Kollegen, speziell Chromolithographen, zu richten, die sich als Überläufer in Farbenlichtdruckereisuche einarbeiten wollen, um sie vor Enttäuschungen und pekuniären Schäden zu bewahren.

Es ist nicht zu viel gesagt, daß der Farbenlichtdruck, durch seine Vorzüge, wohl das einzige Verfahren ist, Handzeichnungen und Kolorits alter Meister fast restlos wiederzugeben. Wir erinnern nur an Artikel der Tagespresse, in der die Kunstverleger Abhandlungen über derartige Werke und Mappen bringen, in denen unter anderem gesagt war „daß dieses nur möglich sei, mit technisch bis zur höchsten Vollendung ausgebildeten Retuscheuren“. Unsere Kollegen, die sich mit derartigen Arbeiten befassen, sind bis auf wenige Ausnahmen gelehrte Lithographen und es gehört sehr viel Erfahrung in der Beurteilung der Farbwerke, und Übung in der praktischen Bearbeitung der Negative dazu. Eine weitere Schwierigkeit entsteht noch durch das ständige Schwanken des Druckträgers (Chromgelatine) bei Witterungseinflüssen. An all diesen Schwierigkeiten hat eine ganze Reihe Kollegen, die von dem besten Willen besetzt waren, Schiffbruch gelitten. Aus dem gesagten ist es darum zu verstehen, daß ein ständiger Mangel an guten Kräften herrscht. Schuld daran ist aber auch noch der Umstand, daß die Löhne, die für diese Arbeit bezahlt werden in gar keinem Einklang stehen mit der Arbeit, die verlangt wird, und mit den Preisen, mit denen die Kunstdrucker gehandelt werden. Uns sind Fälle bekannt, daß in letzter Zeit, Überläufer mit 300 Mk. Wochenlohn eingestellt worden sind. Alle Vorstellungen in dieser Richtung bei den Prinzipalen in Verfolg der Lohnverhandlungen waren erfolglos; uns wurde nur immer wieder gesagt, daß dieses Los momentan alle Kopparbeiter teilen. Kann man es darum keinem Kollegen verdenken, wenn sich ihm Gelegenheit bietet, in anderen Berufen auskömmlichere Verhältnisse zu finden, daß er seinen Beruf aufgibt?

Soll unserer Meinung nach dem chronischen Mangel an guten Farbretschneuren gesteuert werden, dann müssen sich die Prinzipale auch klar drüber sein, für derartige Arbeiten die sich in den Reklamemerkeln so gut ausnehmen, ein Entgegenkommen zu zeigen, das über das handwerksmäßige hinausgeht.

Alle Kollegen aber, die sich als Überläufer engagieren lassen wollen, sollen prüfen, ob das, was sie zu finden hoffen im Einklang steht mit dem, was sie verlassen.

Auch machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß es ihre Pflicht ist, stets vor dem Abschluß des Engagements bei den zuständigen Auskunftsstellen Erkundigungen einzuziehen, andernfalls die sonstigen Mittel Anwendung finden.

Die Zentralkommission der Lithographen.

## Der Steindrucker.

### Die Offset-Richtlinien in Unternehmer-Betrachtung.

Kürzlich gab Kollege E. Herbst auf unsern Wunsch eine kurze Rezension über Offsetliteratur an dieser Stelle, soweit sie zusammenhängend als geschlossene Veröffentlichungen auf dem Markte erschienen sind. Diese Ausführungen müssen insofern ergänzt werden, als nun auch die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, das Verbandsorgan des Deutschen Buchdrucker-Vereins mit einer Offset-Sondernummer auf dem Markte erschienen ist, die ebenfalls der Beachtung wert ist. Zur besseren Beurteilung haben wir aus dem Inhalt dieser Sondernummer das wesentlichste durch folgende Angaben hervor: Der Offsetnummer zum Geleit ist ein Artikel von Otto Säuberlich gewidmet, mit dem wir uns anschließend noch ein wenig beschäftigen müssen. Das geschichtliche über den Gummidruck behandelt Emil Köditz. Ein Artikel: „Der Buchdrucker und der Offsetdruck ist von Otto Krüger geschrieben. Aufnahme und Kopie zur Herstellung der Druckplatten, der Offsetdruck und seine Bedeutung für die graphische Industrie, ein neues Übertragungsverfahren für Offsetdruck und eine Reihe kurzer Abhandlungen über Leistungen von Firmen, die sich mit dem Offsetdruck besonders beschäftigen, schließt den Inhalt unter Einschluß verschiedener Offsetdrucke als Demonstrationsobjekte ab. Die Offset-Sondernummer der „Zeitschrift“ ist zum Preise von 4 Mk. einzeln käuflich und wird gegen Überweisung von 4 Mark zuzüglich 2 Mark Porto auf das Postcheckkonto des Deutschen Buchdruckervereins, Leipzig 4083, postfrei überandt.

In seinem Artikel: „Der Offsetnummer zum Geleit“ beschäftigt sich nun Herr Säuberlich, nachdem er einiges über Vorteile und Nachteile des Offsetdruckes gesagt hat, auch mit den zwischen unsern Verbänden und dem Buchdruckerverbände abgeschlossenen Richtlinien über Besetzung und Bedienung von Offsetmaschinen, die bei einem Teile unserer Kollegen nicht gerade besondere Befriedigung ausgelöst haben. Nachdem Herr Säuberlich den sachlichen Inhalt der Richtlinien wiedergegeben hat, fährt er wörtlich fort: „Wie sich hieraus erweist, ist diese immerhin wichtige Angelegenheit ausschließlich zwischen den beiden Gewerkschaften ohne die entsprechenden beiden Unternehmerorganisationen geregelt worden.“

Ähnlichen Einwand haben die Unternehmer des Lithographie- und Steindruckergewerbes gemacht. Wenn auch schließlich durch andere Gründe belegt, beandstandenen die Unternehmer bei der letzten Lohnverhandlung für das Deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe die abgeschlossenen Richtlinien doch und hoben hervor, daß sie an der Frage stark beteiligt seien und es nicht angängig wäre eine Vertragspartei bei Erstrebung einer Änderung eines bisher bestehenden Zustandes

zuzuschaffen. Konnte auch durch eine Erklärung der Gehilfenvertreter über die aufgeworfene Frage hinwegkommen werden, so blieb doch der Eindruck zurück, daß mit dieser Aussprache die aufgeworfene Frage nicht erledigt sei.

Herr Säuberlich greift nun diese Frage wieder auf, indem er ausführt: „Man darf sagen, daß diese Regelung (Durch die Richtlinien. Die Red.) den obwaltenden Verhältnissen möglichst gerecht zu werden strebt, immerhin erscheint es an der Zeit, diese wichtigen Dinge auch im andern Lager (Unternehmerlager, die Red.) gemeinsamer Erörterung zu unterziehen. Es wäre schätzbar, wenn bei dieser Gelegenheit endlich einmal die dringend gebotene Einheitlichkeit in der Behandlung aller Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen mindestens der graphischen Gewerbe geschaffen würde, solange sich eine solche Regelung noch nicht auf alle papierverarbeitenden Gewerbe erstrecken läßt.“

Wir würden dieser Stimme aus dem Unternehmerlager, die mit uns die dringend gebotene Einheitlichkeit aller Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen mindestens der graphischen Gewerbe fordert, weit mehr Vertrauen entgegen bringen können, wenn sie nicht — die Stimme des Herrn Säuberlich wäre. Gebranntes Kind scheut das Feuer. Und welchen Zweck die gemeinsame Erörterung dieser Dinge im Unternehmerlager und die dringend gebotene Einheitlichkeit in der Behandlung aller Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen mindestens im graphischen Gewerbe dienen soll, auch darüber wollen wir Herrn Säuberlich selbst Auskunft geben lassen.

Er schreibt unter anderem darüber:

„Das schwerste Hemmnis für die schnellere Ausbreitung des Offsetdruckes und die Ursache unbefriedigender Leistungen ist aber der Mangel an gut ausgebildetem Personal. Bei der überaus schnellen Vermehrung der Offsetmaschinen ist dieser Mangel leicht begreiflich. Es liegen ganz ähnliche Verhältnisse vor, wie seinerzeit beim Maschinensatz. Die Ausbildung hält nicht Schritt mit dem Bedarf. Niemand will die teure, vielen Fähigkeiten ausgesetzte Maschine einem Lernenden anvertrauen, ganz abgesehen davon, daß bei Einführung des Verfahrens oft nicht einmal jemand vorhanden ist, der es soweit beherrscht, um einen anderen darin unterrichten zu können. Die Folge davon ist das **Abendigmachen erfahrenen Personals, mit der bekannten Begleiterscheinung unvernünftiger Lohnanforderungen.** Das Steindruckgewerbe, das schon immer zum größten Teile auf die Ausfuhr seiner Erzeugnisse angewiesen war, ist infolge der Valutaverhältnisse sehr stark beschäftigt. Arbeitslose sind nicht vorhanden, es fehlt also in jeder Hinsicht an geeigneten Kräften zur Bedienung der Maschinen und zwar in dem Maße, daß neugeschaffte Offsetmaschinen aus Mangel an geeigneten Druckern nicht in Betrieb gesetzt werden können.“

Unter solchen Umständen bleibt gar kein anderer Ausweg übrig, als die Einrichtung von Lehrwerkstätten, der auch beim Maschinensatz, z. B. von den Zeitungsverlegern, beschritten wurde. Im Deutschen Buchgewerbe in Leipzig hat sich

die Lehr- und Versuchsanstalt für Offsetdruck aufgegeben, an der tüchtige Fachleute wirken, und die berufen erscheint, den Ausgangspunkt für ähnliche Erscheinungen an andern Orten zu bilden und so einem der schwersten Übelstände abzuhelfen, an denen das vielversprechende Offsetverfahren leidet.“

Es ließe dieses Bekenntnis nur abschwächen, dazu noch einen Kommentar zu schreiben. Wer das nicht zu lesen versteht, dem ist überhaupt nicht zu helfen. Aber was hier offen ausgesprochen wird, das ist der Wunsch aller mit dem Offsetdruck in Verbindung stehender Unternehmer, wie überhaupt der Wunsch und die betätigte Absicht aller Unternehmer von jeher war und ist, jeden Fortschritt der Technik ausschließlich zu ihrem Vorteil auszunutzen. Es war deshalb, wie schon einmal betont und wie auch aus den Ausführungen des Herrn Säuberlich ganz deutlich hervorgeht, Voraussicht, daß sich die beiden Organisationen, deren Arbeiter durch das Aufkommen des Offsetdruckes am meisten berührt wurden, hinsetzen und Vereinbarungen über Besetzung und Bedienung der Offsetmaschinen trafen, ehe das Kind im Brunnen lag. Man kann nur wünschen, daß es in Zukunft immer so gehandhabt wird. Zum Schaden der Arbeiter wäre ein solches Tun nie.

### Die Tapetenbranche.

#### Verlängerung des Reichslohntarifes für die Tapetenindustrie.

Am 20. Februar fanden in Berlin Verhandlungen zwischen dem Verband der Papierverarbeitenden Industriellen, Fachgruppe Tapeten- und Buntglaspapier-Fabrikation und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands über die Erneuerung des Reichslohntarifes für die Tapetenindustrie statt. Die Verhandlungen, die außerordentlich schwierig zu führen waren und nur durch Kommissionsberatung zu einem Abschluß gebracht werden konnten, hatten dann auch nicht das Ergebnis, das von den Arbeitern erwartet worden war, weil die Beschäftigungsmöglichkeit in den Betrieben, welche heute schon verkürzt arbeiten, berücksichtigt werden mußte. Es wurde deshalb unter folgenden Veränderungen der Verlängerung des Reichslohntarifes für die Tapetenindustrie zugestimmt:

1. Auf die zur Zeit bestehenden Löhne werden in allen Ortsklassen einschließlich besetztes Gebiet folgende Teuerungszulagen gewährt:

a) für Drucker, Grundierer, Handdrucker, selbständige Packer (Expedienten)	pro Stunde	1,50 Mk.
b) männliche Hilfsarbeiter:		
14—15 Jahre	—,40	„
15—16 „	—,50	„
16—17 „	—,60	„
17—19 „	—,90	„
19—21 „	1,25	„
über 21 „	1,50	„

c) Arbeiterinnen:

14—15 Jahre	—,35	„
15—16 „	—,45	„
16—17 „	—,55	„
17—19 „	—,65	„
19—21 „	—,80	„
über 21 „	1,—	„

2. Ortsklasseneinteilung: Die Ortsklasseneinteilung bleibt unverändert. Die am 5. Januar 1922 vereinbarten Zuschläge der Orte Barmen, Elberfeld, Vohwinkel, Gruiten, Gummersbach, Mühlheim a. d. Ruhr zu den Tariflöhnen der Ortsklasse I bleiben unverändert bestehen.

Der Ort Hösel im Rheinland wird neu in die Ortsklasse I eingereiht und zählt die Zuschläge wie die Orte Barmen, Elberfeld usw.

Nach vorstehenden Zulagen ergeben sich folgende Stundenlöhne gültig ab 16. voller Lohnwoche nach dem 15. Februar 1922 für die Gruppe a.:

	Ortsklassen:	I	II	III	Bes. Geb.
Drucker an Maschinen bis 4 Farben		12,20	11,85	11,20	14,40 Mk
„ „ über 4 „		12,55	12,20	11,55	14,80 „
„ „ über 8 „		12,75	12,40	11,80	15, „
Grundierer . . . . .		12,20	11,35	11,20	14,40 „
Farbmischer . . . . .		12,55	12,20	11,55	14,80 „
Handdrucker . . . . .		12,15	11,80	11,15	14,80 „
Selbständige Packer. (Expedienten)		12,20	11,85	11,20	14,40 „

Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. März 1922. Der „Proletariat“, das Verbandsorgan der Fabrikarbeiter sagt zu dem gegenseitigen Abschluß:

„Wenn auch durch diesen Abschluß nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, so steht doch fest, daß bei einem Scheitern der Verhandlung die Lohnregelung in jedem Fall verschleppt worden wäre. Dem konnte die Tarifkommission nicht ruhig zusehen und ist daher der Auffassung, für die Durchführung des Reichstarifes die Verantwortung tragen zu können.“

\* In nachstehenden Orten der Ortsklasse I: Barmen, Elberfeld, Vohwinkel, Gruiten, Gummersbach, Mühlheim (Ruhr) Hösel, werden den Facharbeitern (Gruppe a) und den männlichen Hilfsarbeitern über 21 Jahre 50 Pf. über Tariflohn der Ortsklasse I gezahlt.

### Adressen-Änderungen.

4. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler („Graphische Presse“ 3, 4, 6 und 8.)

Zur Beachtung! Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Vorstand der Lithographen und Steindruckler, Berlin N 24, Eisenstr. 86—88 III, zu berichten.

- Attenuburg (S.-A.): Paul Meiner, Kanalstr. 6, Hof II.
- Duisburg: Gustav Strickler, Duisburg-Beeck, Kaiserstr. 172.
- Hamborn (Rheinland): Theodor Kamper, Hamborn 6 Rheinland Wilhelmstr. 57, 1.
- Hanau a. M.: Karl Kühlen, Körnerstr. 21.
- Lüneburg: Hermann Hellmuth, Ritterstr. 52.
- Magdeburg: (für Lichtdrucker): Kurt Noak, Magdeburg-Neustadt, Wittenberger Straße 25, H. II.

Wir stellen sofort in angenehme, gut bezahlte Dauerstellung

**tüchtige Autoätzer**  
ein, sowie einen **perfekten Nachschneider**  
welcher auch fräsen kann. Gefl. Angebote an  
Graphische Kunstanstalt Modes & Co., G. m. b. H., Köln-Rhein  
Maybachstraße 159.

**Einige tüchtige Messingstecher**  
stellt sofort ein für dauernde Arbeit  
Druckwalzenfabrik WILHELM LAMPE, Hildesheim.

**Tüchtiger Tiefdruckätzer**  
zum sofortigen Eintritt gesucht  
W. Girardet, Buchdrucker und Verlag, Essau.

**Reproduktions-Photographen**  
für Schwarz und Farben per sofort gesucht  
August Schuler, Graphische Kunstanstalt, Stuttgart  
Moatzstraße 51.

Für unsere Versuchsanstalt für photomechanische Verfahren suchen wir einen erfahrenen  
**Reproduktionstechniker**  
welcher in allen Aufnahme- und Ätzverfahren in längerer Praxis schon Bestes geleistet hat. Wegen der bestehenden Wohnungsnot ist Angabe ob verheiratet, erforderlich.  
Klimsch & Co., Frankfurt am Main.

**Tüchtiger Kopierer**  
für Etwelf und Emaille per sofort oder später verlangt.  
„Autographia“, Berlin N 39, Chausseest. 98.

**1 Nachschneider**  
für Auto und Strich.  
**1 Strichätzer**  
ge sucht. Angebote an  
H. S. Hermann & Co., Berlin SW 19,  
Beuthstraße 8.

**Tüchtige Kupferdrucker für Schwarzdruck**  
welche besonders im Drucken von Radierungen bewandert sind, so baldigem Eintritt gesucht  
Graph. Kunstanstalt D. u. R. Bischoff, München, Goltzingerstraße 52/51.

**Tüchtiger Autoätzer**  
für dauernde Stellung gesucht  
Ludwig Grünwald, Elberfeld.

Nach Stuttgart werden per sofort oder später  
**2 tüchtige Merkantil-Lithographen**  
die in Schrift und Zeichnung perfekt sind, desgl.  
**1 erstklassiger Zeichner und Entwurfer**  
der im Entwurf moderner Plakate, Packungen und mod. Merkantil hervorragendes leistet, sowie ein  
**Positiv-Retuscheur**

für Maschinen- und kunstgewerbliche Arbeiten in dauernder angenehmer Stellung gesucht.  
Bewerber wollen Offerte mit Muster einsenden an den Nachweis  
Richard Gühring, Stuttgart-F Feuerbach,  
Stuttgarter Straße 9.

**Erfahrener Andruker**  
für Schwarz und Bunt sofort in Dauerstellung gesucht  
F. Guhl & Co., Frankfurt am Main,  
Ludwigstraße 31.

**Verschiedenes Fachliteratur!**  
**Enders: Der praktische Umdruker**  
1. Aufl. 4 - 6. Tausend. Preis inkl. Porto 10. - Mk  
Nachnahme 2 25 Mk. mehr.

**Hansen: Die Erfindung der Lithographie**  
durch Alois Senefelder  
Preis inkl. Porto 2,50 Mk., Nachn. 2,25 Mk. mehr.

**H. Werner von Falkenstein und A. Schweikardt: Das Tauschieren und Ätzen der Metalle**  
Preis inkl. Porto 5.- Mk., Nachn. 2,25 Mk. mehr.

**Golmer: Der lithographische Maschinendruck**  
Preis inkl. Porto 17 - Mk., Nachn. 2,25 Mk. mehr.

**Barthel: Zu frohen Festen**  
Vorsprüche und Lieder: dem Verband der Lithographen, Steindruckler u. verw. Berufe gewidmet!  
Preis inkl. Porto 3. - Mk., Nachn. 2,25 Mk. mehr;

**Verlag Conrad Müller**  
Schkeuditz-Leipzig  
Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078.

**Graphische Fachklassen Barmen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.  
Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule



Bitte achten Sie auf Schutzmarke!  
**Wolf's preisgekürnte Bronzetinktur Kosmos**  
ist Zusatz zu Gold-Unterdruckfarbe.  
In ersten Firmen mit großem Erfolg eingeführt.

**Wolf's Trockenmittel „Corso“**  
für Stein- und Buchdruck, ist bis jetzt das beste, mit höchster Anerkennung, ohne Konkurrenz und dürfte bei jedes in keiner Anstalt fehlen.  
Ein Versuch der Kollegen überzeugt!  
Probefedern 25 Kilo, Originalkisten von 5 Kilo ab Detmold.

VERTRETER  
für die Rheinprovinz ist Herr Clemens Maxen in Viersen, Hammer Kirchweg 8, III,  
für Bayern: Herr B. Pfeiffer, München, Wendtstraße 22,  
für Sachsen: Herr Fritz Tutzschke, Leipzig-Schönefeld, Düsseldorfstraße 13,  
für Hessen-Nassau, Baden, Württemberg, ist Herr Karl Neidl, jetziger Mitinhaber der Firma J. H. Wolf (als Fachmann), Offenbach a. M., Eisenbahnstraße 66, I  
für Hamburg und Umgebung: Herr Otto Bökler, Hamburg 23, Schlegelweg 13, III,  
für Schweden: Herr Karl E. Grönberg, Aktiebolag Stockholm,  
Herr Heinrich Schöber, St. Gallen, für die Bezirke St. Gallen, Zürich und Luzern, für die übrigen Schweiz Joseph Magg, Genève-Plainp.

**J. H. Wolf, G. m. b. H.**  
Fabrik von Bronze- und Trockenmittel-Tinkturen  
DETMOLD.